

# Walliser Bote



AMEOS

SCHLAFLOS?  
ÜBERMÜDET?  
GEREIZT?

AMEOS SEEKLINIKUM BRUNNEN

Gersauerstrasse 8 | 6440 Brunnen  
T +41 41 825 48 48 | ameos.ch



**Rita Ruppen**

Als erste Frau wurde sie 1984 in den Nationalen Gemeinderat gewählt. Wallis

**GROSSAUFLAGE**

mit Stellen- und Immobilienmarkt

Donnerstag, 14. Januar 2021

AZ 3930 Visp | Nr. 10 | 181. Jahrgang | Leser: 49 000 | Fr. 3.00 walliserbote.ch

## Kritik am Pfarrer

**Kirche** In Gampel wächst die Kritik an Pfarrer Joseph Shen. Dies, nachdem der Pfarreiratspräsident auf Ende November von seinem Amt zurückgetreten ist. Schon im Sommer hatten Pfarreiangehörige ein brisantes Papier verfasst, in dem Shen unter anderem ein verzerrtes Weltbild, sprachliche Defizite und Frauenfeindlichkeit vorgeworfen wird. Jetzt hat sich das Bistum als Vermittler im Streit eingeschaltet und will das Gespräch mit dem Pfarrer suchen. Die Vermutung liegt nahe, dass das chinesische Kirchenoberhaupt schon bald versetzt wird.

Wallis

## Das Oberwallis wächst

**Bevölkerungsentwicklung** Fast 10 000 Personen sind zwischen 2016 und 2019 von der übrigen Schweiz oder vom Ausland her ins Oberwallis gezogen. Viel Dynamik also für eine Region mit insgesamt 83 000 Einwohnern. Allzu stark gewachsen ist der deutschsprachige Kantonsteil allerdings nicht, da im Gegenzug auch an die 9500 Menschen weggezogen. Dennoch: Ein kleines Plus bleibt – und das notabene, bevor Lonza mit ihrem Ibox-Projekt damit begann, Aberhunderte auswärtige Fachkräfte zu rekrutieren. Für Marc Franzen vom Regions- und Wirtschaftszentrum Oberwallis (RWO) stellt dies eine äusserst positive Entwicklung dar, von der im Übrigen nicht nur die Talgemeinden, sondern auch die Bergdörfer profitieren könnten.

Wallis

## Wer hat einen Vertrag, wer nicht?

**National League** Luca Hischier, der ältere der eishockeyspielenden Hischier-Brüder, spielt nicht mehr in Davos, sondern neu in Biel. Und auch Joël Salzgeber betrat dieser Tage Neuland. Der Jungspieler kam zu seiner Premiere in der höchsten Liga. Beide haben mehrjährige Verträge im Sack. Das können nicht alle Oberwalliser in der National League von sich behaupten.

Sport

# Bundesrat greift durch. Kanton reagiert kritisch

Die Schweiz steht vor dem Shutdown. Der Bundesrat erlässt harte Massnahmen. Staatsratspräsident Christophe Darbellay fordert mehr Unterstützung.



Von Angesicht zu Angesicht: Die Bundesräte Guy Parmelin (SVP) und Alain Berset (SP) an der gestrigen Medienorientierung.

Bild: Keystone

Ab kommendem Montag schliessen wegen der Corona-Pandemie in der Schweiz alle Läden für Güter des nicht täglichen Gebrauchs, an privaten Veranstaltungen dürfen noch maximal fünf Personen teilnehmen und es gilt eine generelle Homeoffice-Pflicht. Die bisherigen Massnahmen verlängert der Bundesrat um fünf Wochen. So bleiben auch Restaurants, Sportanlagen und Kulturbetriebe bis Ende Februar geschlossen. Dies teilte der Bundesrat gestern Mittwoch mit. Offen bleiben hingegen die obligatorischen Schulen. Über allfällige Schulschliessungen sowie die Öffnung und Schliessung der Skigebiete entscheiden die Kantone. Im

Wallis können die Bahnen den Betrieb weiterführen, wie Staatsratspräsident Christophe Darbellay versicherte. Erst bei Erreichen des Grenzwerts von 260 neuen Covid-19-Infektionen über einen Durchschnitt von sieben Tagen oder wenn die Spitalkapazitäten nicht mehr gewährleistet sind, müssen die Bergbahnen den Betrieb einstellen.

### Ungenügende Unterstützung

Staatsratspräsident Christophe Darbellay sagte weiter, dass die Landesregierung gesundheitspolitisch auf dem richtigen Weg sei. «Die Zahl der Ansteckungen stagniert auf einem sehr hohen Niveau, und die Gefahr eines

schnellen Wiederanstiegs ist mit den neuen, viel ansteckernden Varianten des Virus durchaus gegeben.» Die wirtschaftspolitischen Massnahmen seien indes ungenügend. In vielen Branchen sei die Situation besorgniserregend. «Der Bund hat genügend finanzielle Mittel, um einzugreifen. Es ist an der Zeit, dass diese auch eingesetzt werden», forderte Wirtschaftsminister Darbellay. Insbesondere hatte der Kanton die Reaktivierung von Covid-Krediten verlangt. Ebenso eine einjährige Verzögerung bei der Amortisation. «Man wartet, bis die Betriebe sterben – das ist nicht akzeptabel», kommentierte Darbellay.

Wallis

## Kommentar

### Die Angst vor der Virus-Mutation

Ein Blick auf das Infektionsgeschehen im Land zeigt im Wochenverlauf leider nur leicht rückläufige Zahlen. Der sogenannte R-Wert verharrt in 17 Kantonen noch immer über der kritischen Grenze von 1,0. Und über allem schwebt die hoch ansteckende Virus-Mutation aus England, die eine völlig neue Ausgangslage geschaffen hat. Das Risiko vor einer «brutalen dritten Welle im Februar», wie sich Bundesrat Alain Berset unmissverständlich äusserte, ist sehr real. Die neuartigen Coronaviren sind ansteckender als die ursprünglichen und haben genau zu dem Zeitpunkt in Grossbritannien zu einer neuen Pandemiewelle geführt, als man in London glaubte, das Ärgste überstanden zu haben. Dem Bundesrat blieb in der Risikoabwägung keine andere Möglichkeit, als die Corona-Massnahmen nochmals zu verschärfen. Die Läden für Waren des nicht täglichen Gebrauchs gehen zu und Homeoffice wird zur Pflicht. Dass sich nur noch maximal fünf Personen treffen können, ist einschneidend und schwer zu verstehen. Aber der bundesrätliche Fingerzeig an die Bevölkerung, die Kontakte im privaten und öffentlichen Raum im Interesse der Gemeinschaft auf ein Minimum zu reduzieren. Es gab gestern aber Positives aus Bundesbern zu vermelden. Die Betriebe, die mindestens vierzig Tage schliessen mussten, sollen spätestens im Februar auf unbürokratische Finanzhilfe zählen können. Ein kleiner Lichtblick nur, aber wenigstens etwas weniger Sorgen für viele und das ist in diesen Zeiten nicht wenig.



**Stefan Eggel (seg)**  
s.eggel@walliserbote.ch

ANZEIGE

**ZAP\* ANGEBOT**

**ZAP\*** Bücher Büro Papiere

Stabilo Boss Leuchttifte Set à 4 Stück **Fr. 4.90** (Fr. 6.90)

CARAN d'ACHE Kugelschreiber **Fr. 1.80** (Fr. 2.50)

CASIO Taschenrechner **Fr. 11.90** (Fr. 13.50)

Kopierpapier Plano Speed  
A4 **Fr. 4.80** (Fr. 5.20)  
A3 **Fr. 9.60** (Fr. 10.40)  
Pro Palette **Fr. 790.-** (Fr. 910.-)



# 10 000 Menschen kamen, 9500 gingen

Starke Bevölkerungsströme ins und aus dem Oberwallis. Mit dem Ibex-Projekt von Lonza dürfte die Zuwanderung deutlich überwiegen.

Fabio Paozzi

Die Zahlen sind beeindruckend: Allein in den vier Jahren zwischen 2016 und 2019 sind 9880 Personen ins Oberwallis gezogen. Aus der übrigen Schweiz oder auch vom Ausland her. Von den heute 83 000 Oberwallisern lebt also statistisch gesehen etwa jeder Achte erst seit kurzer Zeit hier.

Nun wäre ein solch stattliches Bevölkerungswachstum als Ausdruck einer blühenden Wirtschaft und im Kampf gegen das Dorfsterben eigentlich äusserst begrüssenswert. Das Problem ist nur: Während in jenen vier Jahren knapp 10 000 Menschen ins Oberwallis zogen, verliessen nicht viel weniger den deutschsprachigen Kantonsteil, nämlich 9416 Personen. «Eine enorme Dynamik – und ein zweischneidiges Schwert», sagt deshalb auch Marc Franzen, der beim Regions- und Wirtschaftszentrum Oberwallis RWO das Projekt WIWA (Wirtschaftswachstum) Wallis leitet. Die Zahlen zeigten, dass die Zuwanderung funktioniere, dass die Leute kämen. Gleichzeitig sei die happige Abwanderung aber ein Thema, dessen man sich unbedingt annehmen müsse. Denn würde die Talebene nicht gerade einen ausserordentlichen Wirtschaftsboom erleben – Stichwort Lonza –, sähe es für die Region alles andere als gut aus, gibt er zu bedenken.

## Gekommen, um zu bleiben

Gemäss der jüngsten Umfrage, die das WIWA-Projektteam im vergangenen Dezember durchgeführt hat, wollen drei Viertel der Zuzüger längerfristig und auch bei einem allfälligen Stellenwechsel im Oberwallis bleiben. Da in Zukunft tendenziell weniger Schweizer und Deutsche, dafür aber mehr Staatsangehörige anderer Länder ins

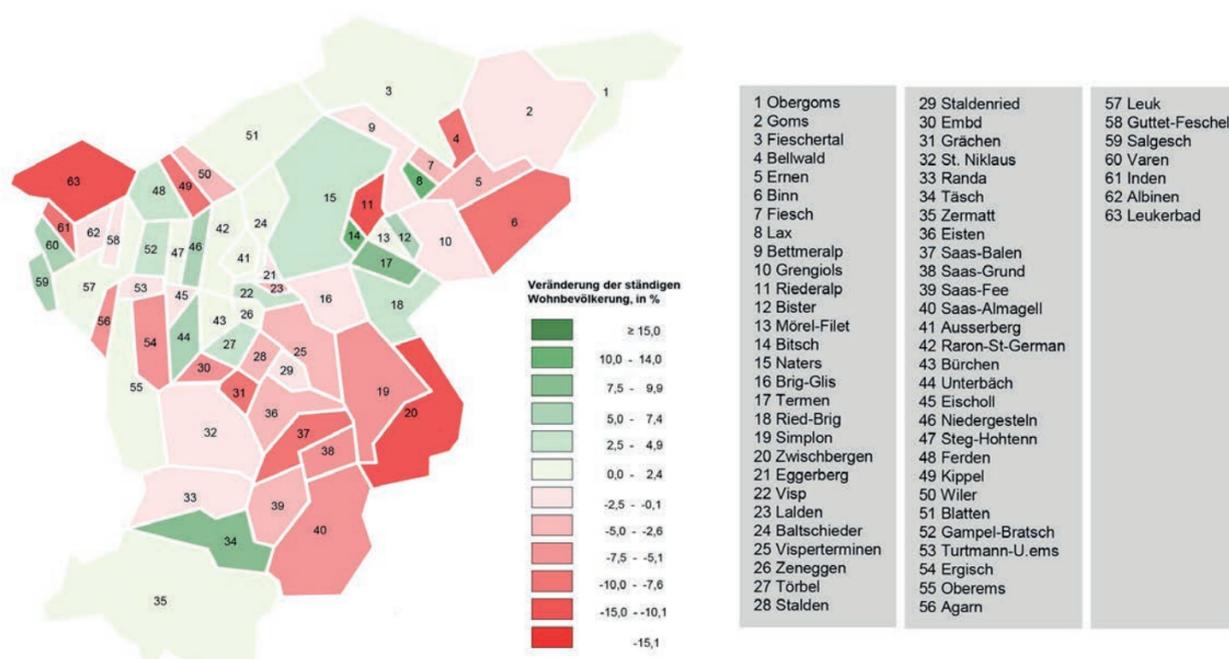
## Talzentrum muss sich nicht vor Unterwallis verstecken

Dabei wuchs das Wallis als Ganzes gesehen eigentlich stärker, als dies der Bund vor fünf Jahren prognostiziert hatte. Der Grund dafür liegt vor allem im Unterwallis: Der «arc lémanique», also die Genferseeregion mit dem Unterwalliser Chablais, wächst bekanntlich stark. Dagegen blieb die Bevölkerungszahl im Oberwallis im Untersuchungszeitraum (2016 bis 2019) recht stabil.

Das wiederum heisst nun nicht, dass sich innerhalb des deutschsprachigen Kantonsteils nichts tun würde. Im Gegenteil: Betrachtet man nur die grösseren Agglomerationsgemeinden in der Talebene, so wachsen diese im Gleichschritt mit dem Unterwallis. «Rund um die Regionalzentren Brig-Glis, Naters, Visp, Siders und auch Zermatt beobachten wir eine positive Bevölkerungsentwicklung», sagt Franzen. Tendenziell gelte deshalb: Je näher eine Gemeinde an diesen Wirtschaftsmotoren liege, desto mehr wachse auch sie (Anmerkung: Die Grafik zeigt den Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019. Da die Hotelschule César Ritz in den letzten Jahren weniger Studenten in Brig-Glis willkommen hiess, verzeichnete die Gemeinde einen minimalen Bevölkerungsrückgang. Ohne diesen bildungstouristischen Aspekt hätte gemäss Marc Franzen auch Brig-Glis einen Zu-

wachs verzeichnet). Im Umkehrschluss heisst das aber eben auch, dass Gebiete in der Peripherie wie das Saastal, das Goms oder Leukerbad Schwierigkeiten bekunden, ihre Bevölkerungszahl zu halten oder gar zu vergrössern.

## Übersicht der Bevölkerungsentwicklung



Die Karte stellt die durchschnittliche Bevölkerungsentwicklung der Jahre 2016 bis 2019 dar. Inzwischen ist, vor allem wegen des Ibex-Projekts von Lonza, in absoluten Zahlen mit deutlich mehr Zuwanderung zu rechnen. Grafik: RWO

## Drei Parameter entscheidend für Zuwanderung

Wobei es natürlich auch Ausnahmen gibt. Zentrumsnahe Gemeinden im Talgrund, die nicht vom Bevölkerungswachstum profitieren, oder umgekehrt Berggemeinden, die trotz geografischer Nachteile plötzlich wachsen. Grundsätzlich, erklärt Franzen, seien drei Parameter entscheidend für die Zuwanderung: das Kinderbetreuungsangebot, das Mietwohnungsangebot und das ÖV-Angebot. «Zwischen diesen drei

Parametern und der Bevölkerungsentwicklung sehen wir eine Korrelation.» Nicht umsonst seien im boomenden Visp derzeit 300 Wohnungen im Bau oder in Planung, während in Sachen Kinderbetreuung in den letzten zwei Jahren praktisch das ganze Oberwallis aufgeholt habe. Dennoch müsse man aber nach wie vor davon ausgehen, dass die grossen Talgemeinden weiter wachsen werden, während die Bergdörfer eher kleiner werden.

## Seit 2019 ist viel geschehen...

Eine positive Nachricht sei in diesem Zusammenhang aber sicher, dass die erhobenen Zahlen lediglich die Situation bis ins Jahr 2019 darstellten, wendet Christian Kalbermatter ein. Der RWO-Projektleiter, der sich

## «Entscheidend sind Kinderbetreuungs-, Mietwohnungs- und ÖV-Angebot.»



Marc Franzen  
Projektleiter WIWA

beim Projekt WIWA mit dem Dossier Integration befasst, gibt zu bedenken, dass Lonza allein im letzten Jahr 500 neue Stellen geschaffen hat. Für dieses Jahr sind weitere 500 angekündigt. Stellen, die oftmals von Auswärtigen besetzt werden, die mit Kind und Kegel ins Oberwallis ziehen.

Davon, glaubt Kalbermatter, würden nicht nur die Zentren profitieren. So habe sich etwa gezeigt, dass sich recht viele Zuzüger zunächst einmal in Visp oder Naters niederlassen würden. Haben sich diese in ihrem neuen Leben erst einmal eingerichtet, erfolge oftmals ein Umzug in ein Dorf. «Konkret heisst das, dass auch die Berggemeinden von den Zuzüger profitieren können, wenn sie die passende Infrastruktur bereitstellen», sagt Kalbermatter deshalb.

# Neue Verfassung: Jetzt soll die Bevölkerung sprechen

Aber die Anliegen der Oberwalliser Minderheit werden geflissentlich ausgeblendet.

Sicher: Die deutsche Sprache kennt elegantere Worte als «Vernehmlassungsverfahren». Aber sie sind wichtig, diese Vernehmlassungsverfahren. Bevor irgendwo ein Gesetz verabschiedet wird, möchte das Parlament gern wissen, auf wie viel Rückhalt es in der Politik, der Verwaltung, der Wirtschaft und bei den Berufsverbänden stösst. Damit man vor der Inkraftsetzung des Gesetzes gröbere Kanten allenfalls noch glätten und so ein Referendum vermeiden kann.

## Wunsch nach Rückmeldungen aus der Bevölkerung

In die Vernehmlassung ging gestern auch der Entwurf der neuen Kantonsverfassung. Nach zwei

Jahren Arbeit und siebenhundert Abstimmungen liege nun ein erster Vorschlag vor, fasste Felix Ruppen vom Präsidialkollegium des Verfassungsrats zusammen. Nun sei man gespannt zu erfahren, wie dieser im Wallis ankomme. Bis Mitte März können sich deshalb die sogenannten «institutionellen Akteure» zum vorgelegten Verfassungsentwurf äussern. Angesprochen sind also zum einen Dutzende offizielle Interessengruppen, von den politischen Parteien über Gemeinde- und Regionsnetzwerke hin zu den Kantonsbehörden und den Wirtschafts-, Berufs- oder Sportverbänden bis zu Vereinen für soziale oder gesundheitliche Integration.

Zum anderen kann sich aber auch jede Einzelperson zur neuen Verfassung äussern. Der entsprechende Fragebogen ist online unter der Adresse [www.vs.ch/wallismorgen](http://www.vs.ch/wallismorgen) zu finden. In der Schweiz werde zwar häufig abgestimmt – aber dass sich die breite Öffentlichkeit derart detailliert über die verschiedenen Aspekte einer Vorlage äussern könne, habe Seltenheitswert, befand hierzu Florian Robyr, Generalsekretär des Verfassungsrats. Und Emilie Praz von der sogenannten «Bürgerbeteiligungskommission» versicherte, dass man die Walliser Bevölkerung beim Prozess der Verfassungsgebung so stark wie möglich einbinden wolle. Nach

der Lancierung einer Online-Ideenplattform und der Durchführung einiger Bürgerworkshops vor etwa einem Jahr gehe es jetzt also darum, die wichtigsten oder auch kontroversesten Punkte im Verfassungsentwurf sichtbar zu machen. Damit der Entwurf im nächsten Herbst gegebenenfalls an einigen Stellen noch einmal überarbeitet werden kann.

## Minoritätenschutz im Fragebogen kein Thema

Dumm nur, scheint es der Bürgerbeteiligungskommission selbst nicht ganz ernst damit, die Meinung der Walliser Bevölkerung einzuholen – oder jedenfalls nicht die aller Walliser.

Denn was beim Online-Fragebogen mit seinen mehr als 30 Fragen am stärksten ins Auge sticht, ist das, was fehlt. Zur auch im Verfassungsrat emotional diskutierten und anschliessend abgelehnten Oberwalliser Sitzgarantie für den Grossen Rat und den Ständerat soll sich die (Oberwalliser) Bevölkerung offensichtlich nicht äussern können. Dafür aber zu solch drängenden Fragen wie der Anzahl der künftigen Suppleanten, der Einführung einer Volksmotion oder der Senkung des Wahlquorums... Schade, entsteht so doch unweigerlich der Verdacht, dass die wirklich kontroversen Punkte längst entschieden sind – Vernehmlassung hin oder her. (pac)



Die Walliser sollen ihre Meinung zum vorläufigen Verfassungsentwurf abgeben. Bild: Keystone